

Gesendet: Montag, 15. Oktober 2018 00:26

An: kontakt@frauenrechtteffm.de

Betreff: Re: Fragen zur Landtagswahl

Sehr geehrte Frau Ott,
im Anhang finden Sie meine Antworten.

Mit Freundlichen Grüßen
Eyup Yilmaz
Direktkandidat für WK 36



Eyup Yilmaz

- Was halten Sie von der Forderung „Schutzzone von 150m um Schwangerschaftsberatungsstellen“?

Ich finde eine „Schutzzone von 150m um Schwangerschaftsberatungsstellen“ richtig und wichtig. Frauen, die eine Beratung aufsuchen sollen die Möglichkeit haben, ohne beeinträchtigt und belästigt zu werden. Die Frauen befinden sich in einer unglaublich schwierigen und verwundbaren Situation. Sie müssen richtig und besonders geschützt werden.

- Werden Sie sich für deren Umsetzung einsetzen? Wenn ja, was werden Sie konkret tun?

Ich will mich für die Umsetzung der Forderung einsetzen. Auch das Landtagswahlprogramm der LINKEN sieht einen „leichten“ Zugang zu Schwangerenkonfliktberatung vor. Das bedeutet selbstverständlich, dass der tatsächliche Zugang zur Beratungsstelle nicht behindert werden darf.

Außerdem haben wir als DIE LINKE im Römer einen Antrag für eine Schutzzone unterstützt, der sich auf das Versammlungsgesetz bezieht. Eine Ergänzung des hessischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz halte ich für klug und richtig.

- Wie wollen Sie ansonsten den unbehelligten Zugang zu Schwangerschaftsberatungsstellen sicherstellen?

Ich werde parlamentarisch aber auch außerparlamentarisch alles tun, was ich kann, dass es Schutzzone von 150m um Schwangerschaftsberatungsstellen sichergestellt wird. Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen stärken und Frauen den sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ermöglichen. Die Entscheidung über Schwangerschaftsabbrüche sollte allein bei der Frau liegen. Nur sie hat das

Recht, über ihren Körper selbst zu entscheiden. Frauen dürfen nicht bevormundet oder kriminalisiert werden. Und statt strafrechtlicher Verfolgung braucht es eine freiwillige, qualifizierte und ergebnisoffene Beratung, um Frauen bei einer der schwersten Entscheidungen zu unterstützen. Grundsätzlich müssen die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass Frauen frei und selbst entscheiden können, ob sie – und wie oft sie – Mutter werden möchten oder nicht.